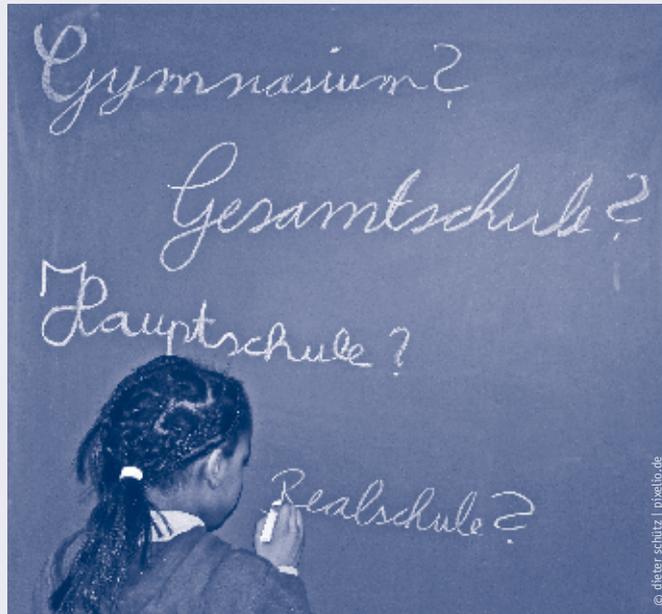


Nach der Abwahl der schwarz-gelben Landesregierung wäre eine Schulreform möglich, SPD und Grüne fänden Mehrheiten dafür und könnten Wahlkampfversprechen erfüllen. Kleine Klassen und integrierte Sekundarschulen wären die Mitgift des Landes für eine reformorientierte Schulentwicklung in Bochum. Doch die Landesregierung übt Tappschritte: Vor allem in den meisten Sekundarschulen bleibt es bei 30er-Klassen. Gemeinschaftsschulen sind nur in Modellversuchen möglich, das dreigliedrige Sortiersystem nach Klasse 4 besteht grundsätzlich fort.



sodann in kooperierenden Oberstufen nach 9 Jahren zum Abitur – eine von vielen gewünschte Alternative zum Gymnasium mit seinem Turbo-Abitur nach 8 Jahren.

Ohne Gemeinschaftsschulen fehlen in Bochum ein bis zwei weitere Gesamtschulen. 87 Kinder wurden im laufenden Schuljahr von Gesamtschulen abgewiesen. Diese Zahl wird steigen, wenn das Land die Wahl der Sekundarschule freistellt.

Kommen keine integrierten Gemeinschaftsschulen, dann muss der Schulentwicklungsplan eine Gesamtschulgarantie für alle Kinder vorsehen, die nach der Grundschule dort weiter gemeinsam lernen wollen. Schulraum dafür ist vorhanden: in Hauptschulen, die – bei zuletzt noch 111 Anmeldungen – leer bleiben.

Ralf Feldmann

Gemeinschaftsschulen oder Gesamtschulgarantie Schulentwicklungsplanung zu integrierten Sekundarschulen

Die Schulentwicklungsplanung in Bochum darf bei sinkenden Schülerzahlen nicht nur durch Schulschließungen jährlich 5 – 6 Millionen für den hochdefizitären Haushalt sparen wollen. Anfangs hielt die Schulverwaltung vor allem 13 Grundschulstandorte für verzichtbar. Inzwischen sollen immerhin noch 7 Grundschulen auslaufen, zahlreiche andere allerdings nur noch als Teilstandorte von Nachbarschulen überleben.

Die Schließung von Grundschulen ist allein diskutabel, wenn sonst eine Zweizügigkeit mit ausreichendem Lehrpersonal nicht mehr erreichbar wäre, keine anonymen Großsysteme entstehen und die Schulwege für 5- bis 10jährige Kinder zu bewältigen sind. Das Land muss in sozial benachteiligten Stadtteilen kleine 18er-Klassen ermöglichen. Dann

können dort auch Schulen mit 150 Kindern fortbestehen und unter anspruchsvollen Bedingungen gute Förderpädagogik leisten. Auf dem Weg dahin dürfen Schulen nicht vorschnell aufgegeben werden. Dass die Grundschulen im Gleisdreieck trotz ihrer besonderen Förder- und Sozialraumarbeit wegfallen sollen, während in wohlhabenden Vierteln Schulen mit 150 Kindern gesichert sind, ist nicht akzeptabel.

Auf Initiative der Linken im Schulausschuss untersucht die Verwaltung, ob Sekundarschulen bereit sind, am Modellversuch Gemeinschaftsschule teilzunehmen. Zurzeit laufen Umfragen bei Schulkonferenzen, Lehrerkollegien und Eltern auch der 3. und 4. Grundschulklassen. In Zukunft müssen in allen Stadtteilen genügend Plätze in integrierten Sekundarschulen

vorhanden sein. Gemeinschaftsschulen müssten wie Gesamtschulen integrativ zu mittleren Schulabschlüssen führen und

Notwendiges Gedenken

Die jüngste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat es belegt: Jede/r zehnte Deutsche hat keine Probleme, antisemitischen Vorurteilen zuzustimmen.



nicht nur eine Erinnerung an das furchtbare Verbrechen der Reichspogromnacht, sondern auch Mahnung für die Gegenwart und Zukunft.

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE und der

Partei werden ab 17 Uhr zusammen mit hoffentlich vielen anderen Bochumer und Bochumerinnen deutlich machen, dass es immer wieder nötig ist, gegen den Ungeist des Antisemitismus aufzustehen.

Der Einfluss der Juden sei zu groß, Juden würden mit üblen Tricks arbeiten und Juden passen nicht zu uns. Diese Einstellungsmuster finden sich mehr oder minder stark ausgeprägt in allen Teilen der Bevölkerung.

Von daher ist die diesjährige Gedenkveranstaltung des Bochumer Kinder- und Jugendrings am 9. November auf dem Dr.-Ruer-Platz

Genug gekürzt

Wie viele andere Kommunen in NRW ist Bochum faktisch pleite. Eine Besserung ist nicht in Sicht. Der Städtetag erwartet, dass sich die finanzielle Situation der Kommunen dieses Jahr trotz Wirtschaftsaufschwung weiter drastisch verschärft.

Die Ursachen sind bekannt: Die Abschaffung der Vermögenssteuer, die wiederholte Senkung der Einkommenssteuer, die Verminderung der Körperschaftssteuer, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz 2010 etc. haben die Einnahmen der Städte drastisch einbrechen lassen. Gleichzeitig wachsen kommunale Aufgaben und Ausgaben vor allem im Sozialbereich.

Das ist der Hintergrund des Kürzungspakets von 100 Millionen Euro, mit dem die Verwaltung und die Mehrheit von SPD und Grünen letztes Jahr den Bochumer Haushalt konsolidieren wollten. Trotz Einschnitten in die soziale Grundversorgung der Stadt durch

drastische Gebührenerhöhungen und Reduktion von Angeboten, z. B. bei den Schwimmbadöffnungszeiten, bei den Kitas und in der Altenhilfe wurde der Haushalt nicht genehmigt.

Nun legt die Verwaltung ein neues Kürzungspaket auf: Weitere 30 Millionen sollen gekürzt werden, u.a. mit Maßnahmen, die im letzten Jahr von der Politik abgelehnt wurden, wie Angebotsreduzierungen bei der VHS und der Musikschule oder die Schließung der Büchereien in Querenburg und Gerthe. Hinzu kommen neue Vorschläge wie die dauerhafte Reduzierung der Ausbildungsplätze bei der



Stadt, der Öffnungszeiten der Bürgerbüros sowie der Jugendförderung. Dies zerstört die soziale Infrastruktur auf Dauer und ist mit der LINKEN nicht zu machen.

Ohne eine deutliche dauerhafte Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land wird Bochum nicht aus der Haushaltsnotlage entkommen. Aber auch die Stadt Bochum muss ihre Einnahmesituation ver-

bessern. Dabei gilt, dass diejenigen, die wirtschaftlich leistungsfähiger sind, auch besonders zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen sollen.

Deshalb sollte die Gewerbesteuer weiter maßvoll erhöht werden. Die Vorschläge der LINKEN führen dazu, dass mit knapp 6 Millionen Euro zusätzlicher Einnahmen allein für 2011 die soziale Infrastruktur erhalten werden kann. *Uwe Vorberg*

Das wird teuer: Die Bochumer Lösung

Die so genannte Bochumer Lösung mit dem sechsstreifigen Ausbau der A 40, dem Westkreuz und der Querspange wird die Stadt Bochum über 11 Millionen Euro kosten.

Das ist der Antwort der Stadtverwaltung auf eine Anfrage der Linksfraktion zu entnehmen. Hinzu kommt die Hauptlast des Bundes mit knapp 190 Millionen Euro. Geldverschwendung in großen Stil, findet die Linksfraktion.

Das Geld fehlt genauso im Bund wie hier in der Kommune. Im Bund wird mit dem Sparpaket auf Kosten der ohnehin finanziell schlecht gestellten und armen Menschen in diesem Land gekürzt und in Bochum sollen Büchereien geschlossen und Eintritte weiter erhöht werden.

Gleichzeitig wird das Geld mit vollen Händen für ein verkehr- und umweltpolitisch unsinniges Projekt zum Fenster

raus geworfen. Seit ihrem Einzug in den Bochumer Rat hat sich DIE LINKE gegen den Ausbau ausgesprochen, doch ihre Argumente fanden kein Gehör bei der Mehrheit des Rates. Die Zeche müssen wir jetzt alle bezahlen. *Bianca Schmolze*



Konzerthaus: Stadt bleibt auf Kosten sitzen

Der Kulturausschuss hat einen Ratsbeschluss vorbereitet, wonach die Stadt Bochum 829.000 Euro Vorlaufs- und Planungskosten für den gescheiterten Neubau des Konzerthauses bereitstellen soll.

Die Stiftung Bochumer Symphonie will sich an diesen Kosten nicht beteiligen. Die Kosten der Konzerthaus-Pleite belaufen sich damit für die Stadt auf über 1,1 Millionen Euro.

Anna-Lena Orłowski hat als LINKE im Kulturausschuss als Einzige gegen den Beschlussvorschlag gestimmt. Für ihre Haltung wurde sie stark angegriffen, ihr wurde „unmoralische“ Argumentation vorgeworfen. Dabei hat die Stiftung die Politik jahrelang vor sich hergetrieben, wollte die Hälfte der Baukosten für das Konzerthaus übernehmen und hat sogar eine rechtsverbindliche Finanzierungszusage in Höhe von über 12 Mio. Euro abgegeben. Damit steht sie in der Verantwortung und sollte

sich wenigstens an der Hälfte der Planungskosten beteiligen.

Das sehen mittlerweile auch die Grünen so. Sie hatten im Kulturausschuss noch dafür gestimmt, dass die Stadt die Kosten allein schultert. Wochen später hat ihr Fraktionsvorsitzender in den Medien verkündet, dass die Grünen mit der einseitigen Kostenverteilung nicht einverstanden sind. Bleibt abzuwarten, wie die Entscheidung am 25. November im Rat ausfällt. *Ernst Lange*



Baum fällt! – oder doch nicht?

Im Malerviertel färben sich die Blätter der Bäume bunt. Doch anders als im Rest Bochums könnte es das letzte Mal sein, dass die Bäume dort ihre Blätter verlieren. Geht es nämlich nach dem Willen der Genossenschaft, die die dortigen Häuser besitzt, dann sollen die Bäume zu Gunsten von neuen Terrassen fallen.

Seit zwei Jahren wehren sich die MieterInnen nun schon gegen diese Pläne. Sie möchten auf die Neuerung verzichten und die Bäume erhalten. Doch die Genossenschaft stellt auf stur. Weder hat sie Gespräche mit den MieterInnen aufgenommen, noch nimmt sie die Unterschriftensammlung zur Kenntnis: 98 von ca. 145 AnwohnerInnen haben sich für den Erhalt der Bäume ausgesprochen.

Erschwerend kommt hinzu, dass einige der Bäume durch die Baumschutzsatzung eigentlich geschützt sind und nur gefällt werden

dürfen, wenn sie von Krankheiten betroffen sind. Ein Gutachten der Genossenschaft ergab, dass ALLE betroffenen Bäume erkrankt sind – ein von den MieterInnen herangezogenes Gutachten bestätigte hingegen, dass es sich um gesunde Bäume handelt. Die Verwaltung prüfte scheinbar nicht genau und erteilte eine Fällgenehmigung.

Die AnwohnerInnen protestierten im Ausschuss für BürgerInnenanregungen. Dort sprachen sich alle Fraktionen für die Aussetzung der Fällgenehmigung aus, bis der Zustand der Bäume durch



eine neutrale Gutachterin geklärt sei. Auch die Bezirksregierung schaltete sich ein: Die Fällgenehmigung müsse bis zur Klärung des Sachverhalts ausgesetzt werden. Doch weder wurde die Fällgenehmigung ausgesetzt, noch

wurde ein weiteres unabhängiges Gutachten in Auftrag gegeben. DIE LINKE im Rat hofft, dass die Genossenschaft den Wunsch der AnwohnerInnen anerkennt und die geschützten Bäume erhalten bleiben! *Anna-Lena Orlowski*

Verantwortung übernehmen

Weltweit sind rund 67 Millionen Menschen auf der Flucht oder leben in flüchtlingsähnlichen Situationen. Aber nur wer stark und gesund ist oder über die nötigen Mittel verfügt oder einfach nur Glück hat, kann die zumeist lebensgefährlichen Fluchtwege bewältigen.

Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, die – selbst meist armen und strukturell überforderten – Erstzuflüchtländer bei der Aufnahme von Flücht-

lingen nicht allein zu lassen. Die Lebenssituation der Flüchtlinge dort bleibt oft schwierig. Überwiegend sitzen sie in Notbehauungen und Flüchtlingslagern fest. Sie leben trotz festgestellter Schutzbedürftigkeit jahrelang in Lagern, ohne Zugang zu elementaren Rechten und ohne Perspektive. Ein Leben in Würde ist für sie schier unmöglich.

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) ist beauftragt worden, dauerhafte

Lösungen für Flüchtlinge zu finden. Eine solche Lösung ist unter anderem die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen in einem aufnahmebereiten Staat (Resettlement).

Eine ganze Reihe von Staaten betreiben seit Jahrzehnten Neuanwanderungsprogramme auf freiwilliger Basis. Auch europäische Staaten wie Schweden, Norwegen, Dänemark, Großbritannien und die Niederlande stellen jährliche Aufnahmekontingente für Flüchtlinge bereit.

Der Hohe Flüchtlingskommissar versucht, auch Deutschland zu einem Resettlementprogramm zu bewegen. Schließlich sind die Flüchtlingszahlen in Deutschland so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr.

Bochum sollte sich als Kommune ausdrücklich dazu bekennen,

Flüchtlinge aufzunehmen und dem positiven Beispiel anderer Kommunen wie Aachen, Düsseldorf, Bonn, Hannover, München und Schwerin folgen. Einen entsprechenden Antrag hat DIE LINKE in den Migrationsausschuss eingebracht. *Aygül Nokta*

Wir sind für Sie da

Montags bietet unsere BürgerInnensprechstunde von 17 – 18 Uhr die Möglichkeit, mit uns über Probleme und mögliche Lösungen ins Gespräch zu kommen. Dazu stehen reihum die Ratsmitglieder für Fragen, Anregungen und Diskussionen in unserer Geschäftsstelle, Willy-Brandt-Platz 1–3 persönlich und telefonisch unter 910 – 12 95 zur Verfügung.



Evonik-Deal

Transparenz und Nachhaltigkeit sind Voraussetzungen



Verschiedene Stadtwerke aus dem Ruhrgebiet, darunter auch Bochum, sowie aus Saarbrücken haben sich zum Stadtwerke-Konsortium Rhein Ruhr zusammengeschlossen, um möglicherweise einen 51 Prozent-Anteil an der Evonik-Steag zu erwerben. Hinter Evonik-Steag verbirgt sich die Energiesparte des Evonik-Mischkonzerns, der aus der alten Ruhrkohle-Aktiengesellschaft (RAG) hervorgegangen ist.

Die Bochumer Ratsfraktion DIE LINKE hat sich gemeinsam mit anderen linken Fraktionen im Ruhrgebiet dazu positioniert. Wichtig ist für DIE LINKE insbesondere, dass die Entscheidung nicht hinter verschlossenen Türen ausgehandelt

wird, sondern in einem öffentlichen und transparenten Prozess.

DIE LINKE tritt grundsätzlich für eine Rekommunalisierung bzw. Kommunalisierung der Energieerzeugung und den Vertrieb der Energie ein. Allerdings gibt es einige Punkte, von deren Umsetzung ihr Abstimmungsverhalten in den zuständigen Räten beeinflusst wird. Einer ist: Über die Vor- und Nachteile eines solchen Kaufs muss offen diskutiert werden und nicht wie bisher im Hinterzimmer unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Außerdem ist DIE LINKE der Meinung, dass vor dem Kauf ein Konzept zum Umsteuern auf nachhaltige Energieerzeugung

erkennbar werden muss. Es müssen entsprechend klare Regelungen zur Abschaltung der alten Kohlekraftwerke und dem gleichzeitigen Ausbau von erneuerbaren Energien in den Verträgen verankert sein. Außerdem will DIE LINKE keinen neuen, kommunal nicht mehr kontrollierbaren fünften Energiekonzern in der Bundesrepublik. Die demokratische, kommunale Kontrolle muss gewährleistet sein.

Evonik bietet mit seiner Energiesparte 13 Kohlekraftwerke zum Verkauf an, 10 in Deutschland und 3 im Ausland (Türkei, Kolumbien, Philippinen). 40 % der Kraftwerke sind veraltet und müssen in absehbarer Zeit vom Netz.

Deshalb kommt es auch darauf an, ob es für die Stadtwerke wirtschaftlich ist, die alten Kohlekraftwerke zu kaufen. Der Verdienst durch Erzeugung und dem Verkauf der Energie müsste schon höher als die Stilllegungskosten sein. Wenn diese Bedingungen erfüllt werden, gibt es eine große Chance, die Energieerzeugung und auch die Energiepreise nachhaltiger und demokratischer als bisher zu gestalten.

Denn für DIE LINKE steht auch fest: Wenn die Stadtwerke sowohl Stromerzeuger, als auch Stromlieferant sind, dann steigt der Spielraum für die Tarifgestaltung. Somit besteht dann auch eine größere Chance, endlich die notwendigen Sozialtarife einzuführen. *Uwe Vorberg*

Verstärkung



Seit dem 1. September wird die Fraktionsgeschäftstelle durch Thorsten Jannoff verstärkt. Seine Arbeitsschwerpunkte sind vor allem Haushalts- und Umweltpolitik. Er ist erreichbar unter der Telefonnummer: 910-1294

Stabwechsel bei der Linksfraktion

Zum 1. November wird unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Anna-Lena Orlowski, ihr Ratsmandat niederlegen.

Sie zieht es aus beruflichen Gründen in die Bundeshauptstadt Berlin. Schweren Herzens verabschiedet sich die Gesamtfraktion von Anna-Lena Orlowski und wünscht ihr alles Gute im fernen Berlin.

Nachrücken würde laut Reserveliste Pamela Strutz, die aber

ebenfalls aus beruflichen Gründen ihr Mandat nicht annehmen kann. Damit rückt der Radiologe Arnold Vogel für DIE LINKE in den Rat nach.

Er ist für unsere Fraktion kein Unbekannter, denn er arbeitet schon bisher für DIE LINKE im Seniorenbeirat und in der kommunalen Gesundheitskonferenz mit. Seine neuen Arbeitsschwerpunkte werden Jugend und Umwelt sein. Die eine geht, der andere kommt



– ein weinendes, ein lachendes Auge. Wir freuen uns auf eine noch intensivere Zusammenarbeit mit Arnold Vogel.

Bianca Schmolze (Neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende)

IMPRESSUM

Linksfraktion Bochum
Uwe Vorberg (V.i.S.d.P.)
Altes Postgebäude
Willy-Brandt-Platz 1 – 3,
44777 Bochum
Tel.: 0234 – 910 12 95 / 12 96
Fax: 0234 – 910 12 97
linksfraktion@bochum.de
www.linksfraktion-bochum.de
Fotos: pixelio (S.1,2,3,4), Stadt Bochum,
Presse- und Informationsamt (S.1),
Linksfraktion Archiv (S.3,4)

LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____ Postleitzahl, Ort _____

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse:
